Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **66 (1975)**

Heft 7

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Uran zur Anwendung bringen. Die Kohle bilde die Basis für die Herstellung neuer synthetischer Brenn- und Treibstoffe als Ersatz für Öl und Erdgas. Die festen Brennstoffe, vor allem das Uran, müssten jedoch in erster Linie für die Erzeugung von Elektrizität verwendet werden.

Die Kernenergie sei heute für die Elektrizitätsproduktion ein praktisch gangbarer Weg. Wörtlich führen die 32 Wissenschafter weiter aus: «Die Kernenergie hat ihre Kritiker, aber wir glauben, dass sie die Realisierbarkeit nichtnuklearer Energiequellen und die Ernsthaftigkeit der Energiekrise nicht in den richtigen Perspektiven sehen. Jede Energieerzeugung bringt Risiken mit sich, und die Kernenergie stellt dabei gewiss keine Ausnahme dar. Die Sicherheit der zivilen Anwendung der Kernenergie stand jedoch wie keine andere Entwicklung in der Geschichte der Technik ständig unter der kritischen Überwachung der Öffentlichkeit. Wie bei jeder andern Technik gibt es auch hier eine Periode des Lernens. Einige Fehler, die aufgetreten sind, erhielten eine Publizität, die dazu angetan war, Furcht zu erregen. Dabei sind bei keinem kommerziellen amerikanischen Kraftwerkreaktor jemals nennenswerte Mengen Radioaktivität an die Umwelt abgegeben worden. Wir haben Vertrauen darauf, dass die technische Findigkeit und die betriebliche Sorgfalt weiterhin zu einer Verbesserung der Sicherheit in allen Phasen des nuklearen Programmes beitragen werden, einschliesslich der schwierigen Gebiete des Transportes und der Abfallagerung.»

In ihrer Schlussfolgerung weisen die 32 Wissenschafter darauf hin, dass der Nutzen der sauberen und preisgünstigen Kernenergie deren mögliche Risiken bei weitem aufwiege. Nach ihrer Ansicht gibt es keine vernünftige Alternative zu einer vermehrten Anwendung der Kernenergie, wenn unser Energiebedarf gedeckt werden soll.

combustibles solides, le charbon et l'uranium. Le charbon est la base pour la production de nouveaux combustibles et carburants synthétiques qui peuvent remplacer le pétrole et le gaz naturel. Les combustibles solides et surtout l'uranium doivent cependant être utilisés en première ligne pour la production d'électricité.

L'énergie nucléaire est aujourd'hui un chemin praticable pour la production d'électricité. Les 32 savants continuent textuellement comme suit: «Certaines personnes critiquent l'énergie nucléaire, mais nous pensons qu'elles ne voient pas les possibilités de réalisation de sources d'énergie non nucléaire et la gravité de la crise de l'énergie d'un bon angle. Toute production d'énergie comporte des risques et l'énergie nucléaire n'est certainement pas une exception. La sécurité de l'utilisation civile de l'énergie nucléaire a plus que tout autre développement dans l'histoire de la technique, toujours été étroitement surveillée par le public. Comme pour les autres techniques, il y a une période d'apprentissage. La publicité qui a été faite autour de quelques erreurs commises était de nature à faire peur. Et pourtant, aucun réacteur commercial américain pour la production d'électricité n'a émis de quantités appréciables de radioactivité dans l'environnement. Nous sommes persuadés que l'ingéniosité technique et la prudence d'exploitation permettront d'améliorer encore la sécurité dans toutes les phases du programme nucléaire, y compris les secteurs difficiles du transport et du stockage des déchets.»

La conclusion tirée par les 32 savants est que les avantages de l'énergie nucléaire propre et bon marché sont bien plus importants que ses risques éventuels. De leur avis, il n'y a pas d'alternative à une utilisation croissante de l'énergie nucléaire pour satisfaire nos besoins en énergie.

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Nebenbei bemerkt

m. Um Glaubensfragen sind seinerzeit erbitterte Kriege geführt worden. Auch wo der Eifer die streitenden Brüder nicht bewog, einander den Schädel einzuschlagen, verketzerten sie sich nach Noten. Die Vernunft, Mutter der Toleranz, war ausgeschaltet; es gab nur das Entweder-Oder.

Es berührt seltsam, dass wir heute auf dem Gebiet der Technik dasselbe erleben. Dabei, sollte man meinen, liegen Technik und Glaube auf verschiedenen Ebenen. Glaube entzieht sich jeder Berechnung, die Technik hingegen beruht auf Messbarem. Es lässt sich messen und nachprüfen, wieviel Kilometer ein bestimmtes Auto unter bestimmten Bedingungen zurücklegen kann. Schon dieses einfache Beispiel zeigt aber, dass der Laie auf das Urteil unabhängiger Fachleute angewiesen ist. Je rasender der technische Fortschritt sich entwickelt, je weniger vermögen wir ihn mit unserm eigenen Verstand zu begreifen. Immerhin – wenn so und so viel Experten aufgrund ihrer Untersuchungen zu den selben Ergebnissen gelangen, müssen wir sie wohl akzeptieren, es sei denn, eine vorgefasste Meinung schiebe der Einsicht einen Riegel vor. Dann freilich können wir uns nur noch mit dem «Argument» behelfen, die Sachverständigen seien allesamt gekauft. Was wir uns selbst zurechtgelegt haben, wird leicht zur Glaubensfrage.

So weit sind wir heute in der Auseinandersetzung über den Bau von Kernkraftwerken. Dieser Auffassung gab an einer Versammlung in Altstätten zum Thema «Rüthi» Nationalrat Jakob Bächtold resigniert Ausdruck. Dass sich an einem Dogma nicht rütteln lässt, musste auch er erfahren. Bächtold ist ein allgemein anerkannter Fachmann auf dem Gebiet des Umweltschutzes; neun Jahre lang hat er den Schweizerischen Naturschutzbund präsidiert. 1971 ist er in Würdigung seiner Verdienste um die praktische Verwirklichung der Idee des Ausgleichs zwischen Natur und Technik mit dem deutschen «Van-Tienhoven-Preis» ausgezeichnet worden.

In Altstätten referierte er als Vizepräsident der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission. Aus Gründen des Landschaftsschutzes wandte er sich gegen den Standort Rüthi. Er gab aber objektiverweise auch die anderslautenden, positiven Schlussfolgerungen der übrigen Expertengremien bekannt, die sich im Auftrag des Bundesrates mit dem Projekt befasst hatten. Schliesslich verschwieg er nicht, dass er aufgrund eigener Erfahrung und im Vertrauen auf die Arbeit qualifizierter Sicherheitsexperten, Gewässerschutzfachleute, Meteorologen und Strahlenbiologen den Bau von Kernkraftwerken grundsätzlich befürworte. Die Reaktion? Der Referent «werbe» für Kernkraftwerke, er sei «gekauft» und «bezahlt».

Mir kamen die Darlegungen Bächtolds gerade darum so vertrauenswürdig vor, weil er als Exponent des Umweltschutzes die Argumente pro und contra leidenschaftslos erläuterte, ungeachtet der voraussehbaren Enttäuschung bei einem Teil des Publikums. Statt um Beifall zu buhlen, bewies er Zivilcourage.

Bächtold bekundete für die Angst vor der Ballung von Energie auf kleinem Raum Verständnis. Was dem Laien unverständlich sei, bewirke ein unheimliches Gefühl. Schlecht kam er jedoch an, als er darum bat, aus dem Problem keine Glaubensfrage zu machen, sondern die Vernunft walten zu lassen. Die Erfahrungen mit Kernkraftwerken – es sind ein paar hundert im Betrieb – rechtfertigten die Angst nicht. Das Echo? Ein mehr oder minder unterdrücktes Hohngelächter.

Die Versammlung verlief keineswegs dramatisch, ich habe schon lautere Bürgerversammlungen erlebt. Die Missfallensäusserungen stammten vorwiegend aus dem Kreise eines Harsts von

Vorarlbergern. Und doch konnte sich der Beobachter des Eindrucks nicht erwehren, es stehe fundierte Erkenntnis gegen einen felsenfesten Glauben. Wer ihn bekenne, lasse kein Jota davon abmarkten. Dieser Glaube gründet in einem schwer fassbaren Misstrauen, für ehrgeizige Politiker übrigens eine Versuchung, sich als Bannerträger zu empfehlen. Sachlicher Information sind Gläubige zu allen Zeiten unzugänglich gewesen. Es gibt nur Schwarz oder Weiss, Treue oder Verrat.

«Allgemeiner Anzeiger, Wächter am Rhein», Rheineck, 1. März 1975

Aluminium-Sammlung gegen Stromverbrauch

ddp. In Zusammenarbeit mit Migros und Coop hat die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst», die den Bau von Kernkraftwerken in der Region Basel und vor allem das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst bekämpft, am Wochenende eine Aluminiumsammelaktion gestartet. Wie die Aktion dazu mitteilt, werden während dreier Monate in den Rheinfelder Filialen der beiden Grossverteiler für die Kunden Behälter aufgestellt, in die sie leere Spraydosen, Tuben, Getränke- und Cremedosen, Schokoladenfolien und unbrauchbares Aluminium-Geschirr wie Teflon-Pfannen werfen können. Da die Gewinnung von Aluminium «riesige Mengen» Strom verschlinge, will die Aktion Kaiseraugst mit ihrer Sammlung einen «konstruktiven Beitrag zur Verminderung des Elektrizitätsverbrauchs» leisten. Damit solle der Forderung nach einem Stopp des Kernkraftwerkbaus in der Schweiz Nachachtung verschafft werden.

In erster Linie wird die Bevölkerung aufgerufen, alle unnötigen Aluminium-Wegwerfpackungen zu boykottieren oder sie der Wiederverwertung zuzuführen. Nach Angaben der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst» benötigt die Schweizerische Aluminiumindustrie etwa soviel Strom wie eine Million Haushaltungen. Altaluminium aufzubereiten benötige etwa zehnmal weniger Strom als neues herzustellen. Das gesammelte Altaluminium soll Altwarenhändlern zugeführt werden. Verläuft die Sammelaktion erfolgreich, soll sie in anderen Gemeinden und Regionen der Schweiz wiederholt werden.

«Luzerner Neueste Nachrichten», Luzern, 4. Februar 1975

Basler Regierung überzeugt von der Sicherheit der A-Werke «Genügend Vorkehren getroffen»

ess. Basel. Kein Anlass, wegen des geplanten A-Werks Kaiseraugst beim Bundesrat einen Vorstoss zu unternehmen, besteht für den Basler Regierungsrat. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage Willi Gerster (POB) «Mit wievielen Toten ist bei einer Grosskatastrophe im A-Werk Kaiseraugst zu rechnen?» sieht der Regierungsrat «keinen Grund, die offiziellen Äusserungen des Bundesrates zu bezweifeln». Damit sind die Erklärungen von Energiewirtschafts-Minister Willy Ritschard gemeint, wonach die Sicherheit von A-Werken in der Schweiz «höchste Priorität» geniesst.

Gerster bezieht sich in seiner Anfrage auf Berechnungen eines technischen Beraters der Landesregierung Rheinland-Pfalz: Dessen Berater Lindackers komme zum Schluss, dass beim BASF-Reaktor Ludwigshafen beim Entweichen der gesamten flüchtigen Spaltprodukte «im Abstand von einem Kilometer mit 100 000 Sofort-Toten zu rechnen ist und dass auch im Abstand von zehn Kilometern die Folgen verheerend sind». Zusammenfassend stellte Lindackers in seiner als «vertraulich» bezeichneten Untersuchung fest, dass «schwere Schäden an A-Werken nationale Katastrophen sind». Willi Gerster fragt deshalb den Regierungsrat an, ob entsprechende Berechnungen auch für das nur zehn Kilometer von Basel entfernte A-Werk Kaiseraugst gemacht worden seien. «Wenn nicht – ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, es sollte vom Bundesrat verlangt werden, dass eine sofortige Untersuchung darüber angestellt wird, mit wieviel Sofort- und Später-Toten bei einer Gross-Katastrophe im A-Werk Kaiseraugst zu rechnen ist?»

Bei der Lindackers-Arbeit handle es sich nicht um eine vertrauliche Studie zur Sicherheit des Ludwigshafener Reaktors, «sondern um einen Vortrag, den Lindackers an der Technischen Hochschule in Aachen gehalten hat», stellt der Basler Regierungsrat in seiner Antwort fest. Die von Gerster aus dem Manuskript gezogenen Schlussfolgerungen seinen «teilweise unrichtig».

Nach einigen Grundsatz-Erwägungen weist der Regierungsrat auf einen Vortrag hin, der an einer Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie gehalten worden ist. Demnach seien Risiko-Aussagen interessant für die nüchterne Fachwelt, «jedoch beunruhigend für die Öffentlichkeit, die Theorie für Wirklichkeit nimmt und ohne sachkundige Interpretation in eine allgemeine Abwehr-Haltung verfällt».

In der Schweiz obliege die Beurteilung der Sicherheits- und Risiko-Aspekte von A-Werken den zuständigen Stellen des Bundes, hält der Regierungsrat abschliessend fest. Für ihn bestehe weder ein Grund, an den bundesrätlichen Äusserungen zu zweifeln noch in Sachen Kaiseraugst einen besonderen Vorstoss zu unternehmen: «Wir sind überzeugt, dass alle Vorkehren getroffen werden, dass Katastrophen der erwähnten Art nach menschlichem Ermessen vollständig ausgeschlossen sind.»

«National Zeitung», Basel, 6. Februar 1975

La grande bataille du combustible nucléaire

Sans que personne ou presque s'en rende compte, il est en train de se passer avec l'atome ce qui s'est passé avec le pétrole: celui qui est maître du combustible dispose des meilleures armes dans la grande bataille pour l'énergie. Dans le nucléaire, le combustible c'est l'uranium enrichi, le seul qui puisse alimenter la majorité des centrales actuellement en service et la totalité des centrales suisses.

Les Etats-Unis jouissent d'une situation de quasi-monopole dans le monde occidental, en attendant la mise en service de l'usine d'enrichissement d'Eurodif et la mise au point des centrifugeuses d'Urenco, deux organisations européennes. La nécessité de s'affranchir de la tutelle américaine a été illustrée récemment par la décision iranienne d'investir un milliard de dollars dans Eurodif, ce qui assurera à Téhéran 10 pour-cent de la production de l'usine actuellement en construction.

La Suisse, qui entend elle aussi diversifier ses sources d'approvisionnement, ne peut rester simple spectatrice dans cette bataille qui met en jeu l'indépendance énergétique qu'elle ne possède pas encore.

Jusqu'à maintenant, la Suisse a adopté une politique réaliste: le franc suisse est solide et il nous permet d'obtenir tout ce dont nous avons besoin. En sera-t-il toujours de même dans une situation économique moins favorable et dans des domaines où il risque d'y avoir un jour pénurie?

La construction d'une deuxième usine d'enrichissement Eurodif devrait être ratifiée prochainement. Ce sera un excellent test: la Suisse désire-t-elle subir passivement l'évolution, comme ce fut souvent le cas jusqu'ici dans bien des domaines, ou se risquera-t-elle à monter dans le train de la participation?

Jean-Bernard Desfayes

«24 Heures», Lausanne, 28 janvier 1975

Energiesparen ohne Sparpolitik?

Die Schweizer haben – das steht heute schon fest, obwohl die definitiven Zahlen der Energiebilanz erst im Frühjahr zu erwarten sind – im vergangenen Jahr *weniger Energie verbraucht* als 1973. Bis Ende November 1974 ist nach Angaben der Schweizerischen Erdölvereinigung der Benzinkonsum gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 6,2 Prozent gesunken. Bei Heizöl «extraleicht» beträgt der Rückgang 14,8 Prozent, bei vor allem in der Industrie verwendetem Heizöl «schwer» 13 Prozent. Die entsprechenden Werte für das ganze Jahr dürften allerdings etwas tiefer ausfallen, weil im Dezember 1973 die Bezüge unter der Einwirkung der damals akuten Versorgungsstörungen kleiner waren als im vergangenen Monat.

Was die *Elektrizität* betrifft, die indessen mit einem Anteil von nur 15 Prozent in der Gesamtenergiebilanz eine bescheidene Stellung einnimmt, liegen die Ergebnisse für das am 30. September zu Ende gegangene hydrologische Jahr 1973/74 vor. Daraus geht hervor, dass die Verbrauchszunahme mit *3,1 Prozent* deutlich kleiner war als im Vorjahr, im dem ein Anstieg von 5,8 Prozent verzeichnet wurde, kleiner auch als in den verschiedenen Prognosen für die weitere Entwicklung. Diese Verlangsamung des Wachstums darf allerdings nicht zu falschen Schlüssen ver-

leiten: Zuwachsraten von 3 Prozent und weniger wurden schon früher wiederholt registriert, wobei dann nicht selten die Zunahme im folgenden Jahr um so kräftiger ausfiel.

Während also das verhangsamte Wachstum des Elektrizitätsverbrauchs wenig aussagekräftig ist und keinesfalls als Tendenzumkehr interpretiert werden kann, die – wie manche Leute aus reinem Wunschdenken heraus meinen – eine Überprüfung des Bauprogrammes für Kernkraftwerke rechtfertigen würde, erscheint der Rückgang im Konsum flüssiger Brenn- und Treibstoffe immerhin bemerkenswert. Er dürfte über das ganze Jahr 1974 *etwas mehr als 10 Prozent* ausmachen, so dass man angesichts der Dominanz des Erdöls in der schweizerischen Energieversorgung mit einem Absinken des Gesamtenergieverbrauchs in der Grössenordnung von 8 bis 9 Prozent rechnen kann.

Haben wir mit den bisherigen Sparanstrengungen die Grenze dessen erreicht, was ohne für die Wirtschaft schädliche oder für den einzelnen Bürger unzumutbare Einschränkungen möglich ist? Kaum. Diese Grenzen dürften nicht bei 10, sondern in der Grössenordnung von *20 bis 30 Prozent* liegen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste sich allerdings der Bundesrat und das Parlament zu einer *aktiven Sparpolitik* aufraffen. Bis heute ist in dieser Richtung nur wenig unternommen worden. Ob und wieviel gespart wird, bleibt den Gutdünken der Verbraucher anheimgestellt, und die Aufmunterung dazu kommt – wenn überhaupt – hauptsächlich von den Umweltschutzorganisationen und den Informationsmedien. Auf politischer Ebene hingegen ist es merkwürdig still. Der Beschluss des Bundesrates, die zweckgebundenen Zollzuschläge auf Treibstoffen und den Zoll auf Heizöl zu erhöhen, gegen den inzwischen das Referendum ergriffen worden ist, war primär eine Massnahme zur Sanierung der Bundesfinanzen. Alles in allem sieht es fast so aus, als ob man im Bundeshaus die Preiserhöhungen auf dem Erdölmarkt allzu gelassen als ein von Allah auferlegtes Aergernis hinnähme.

Die in Bern praktizierte *energiepolitische Abstinenz* steht in auffälligem Gegensatz zur Aktivität, die beispielsweise in *Washington* entfaltet wird. Das erstaunt um so mehr, als die USA unvergleichlich weniger vom arabischen Erdöl abhängig sind als die Schweiz. Trotz einer viel günstigeren Versorgungslage, die es ermöglichen sollte, in den achtziger Jahren die Autarkie zurückgewinnen oder zumindest der partiellen Abhängigkeit von unsicheren Energiequellen ein Ende zu bereiten, werden auf politischer Ebene erhebliche Anstrengungen unternommen, die direkt oder indirekt auf einen sparsameren Energieverbrauch hinzielen. Der Plan von Präsident Ford, die Erdöleinfuhren, die etwa einen Drittel des Erdölbedarfes und einen Sechstel des gesamten Energiebedarfes decken, mit preissteigernden Gebühren zu belegen und zusätzlich die Abgaben auf der einheimischen Produktion zu erhöhen, ist zwar im demokratischen Lager auf Widerstand gestossen; aber die Opposition beschränkt sich nicht auf ein Nein, sondern beruft sich auf ein eigenes Programm für Energiesparmassnahmen, einschliesslich einer *Benzinrationierung*. Noch ist zwar ungewiss, was schliesslich realisiert werden kann, doch darüber, dass in den USA die politischen Impulse zum Sparen stärker sind als in der Schweiz, können keine Zweifel aufkommen. *scr.*

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 26. Januar 1975

Sonnenenergie zum Trocknen der Ernte?

bt. Mit einem Forschungsprogramm von rund einer Million Franken wollen amerikanische Regierungsstellen, zusammen mit der Industrie und den Universitäten, die Möglichkeiten studieren, in Zukunft Getreide, Gemüse und Früchte *mit Sonnenenergie zu trocknen*. Zurzeit werden jährlich um die 800 Milliarden Liter Erdgas benötigt, um die Ernte Kaliforniens, Amerikas grösster Nahrungsproduzent, zu trocknen und damit während der Lagerung vor dem Verderben zu schützen: genügend Erdgas, 250 000 Häuser Südkaliforniens mit Energie zu versorgen. Mit der neuen Technologie will man aber nicht nur Energie sparen, die National Science Foundation hofft sogar, damit möglicherweise *Nahrungsmittelpreise zu senken*. Bereits heute, so meint ein am Projekt beteiligter Ingenieur, kann in gewissen Fällen die Anwendung von Sonnenenergie für das Trocknen der Ernte wirtschaftlich ein. *«Tages-Anzeiger», Zürich, 3. Februar 1975*

BS-Initiative gegen A-Werke

bv. Vor einem Jahr lehnte der Basler Souverän mit grosser Mehrheit einer Beteiligung Basels an der Atomkraftwerk Gösgen-Däniken AG ab. Da der Wille, sich gegen eine in der Welt einmalige Ballung von Atomkraftwerken in der Region Basel zu wehren, in der Zwischenzeit nicht abgenommen hat, will die Initiative, die vom Grossen Rat ein Gesetz verlangt, die Behörden verpflichten, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln dagegen zu wenden, dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe oder Lagerstätten für mittel- und hochradioaktive Abfälle errichtet werden. Die Initiative, die mit rund 9000 weit mehr als die gesetzlich erforderliche Zahl Unterschriften trägt, wurde gestern hinterlegt. *«Nordschweiz», Laufen, 1. März 1975*

Energieversorgung als Existenzfrage

Ein Fernseh-Hearing mit Ing. Michael Kohn

Michael Kohn, Verwaltungsratsdelegierter der Motor-Columbus AG in Baden, geriet in der Montagabendsendung «Aus erster Hand» unter Tele-Beschuss: Alphons Matt, der Fernsehbefrager vom Dienst, und Walter Schiesser, Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», kamen allerdings etwas spät mit der Feststellung, dass seine Wahl zum Präsidenten der Eidgenössischen Kommission zur Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption umstritten sei. Harte Fragen sind gut; das war auch ein Pluspunkt dieses Hearings. Sie setzen jedoch voraus, dass die Frager mit der Materie vertraut sind, und daran mochte man in diesem Fall ab und zu zweifeln. Die Frage beispielsweise, ob denn als Kommissions-Schlussbericht des Motor-Columbus-Managers nur eine Schweizerkarte mit den als rote Punkte eingezeichneten Standorten künftiger Kernkraftwerke zu erwarten sei, lag denn doch ziemlich unter dem Niveau.

Ing. Kohn liess sich freilich so einfach nicht in die Zange nehmen und war um Antwort nie verlegen. Zur Person vorerst: Als Präsident der genannten Kommission erfüllt er eine ihm vom Bundesrat übertragene Aufgabe, die er nicht selber gesucht hat. Er muss auch nicht, wie ihm unterstellt wurde, seine Persönlichkeit «spalten», um nicht beim Bundesrat mit Motor-Columbus-Kernkraftwerken zu hausieren. Kernkraftwerke sind weder Spekulationsbauten noch das Geschäft des Jahrhunderts: Jedes Werk kostet rund zwei Milliarden Franken, die Träger der Partnerwerke sind hauptsächlich öffentliche Gemeinwesen, und der Strompreis ist daher in unserem Lande weitgehend ein Politikum.

Über das Problem der Sicherheit von Kernkraftwerken ist in dieser Zeitung schon mehrfach ausführlich berichtet worden; die Antworten auf die zumeist im Schlagzeilenstil am Wesentlichen vorbeizielenden Fragen vermöchten deshalb hier keine neuen Informationen zu bieten. Ausserdem ist die Frage der Kernkraftwerke ja nur ein Ausschnitt aus dem umfassenden Problemkatalog einer Gesamtenergiekonzeption. Nach den Aussagen von Ing. Kohn ist seiner Kommission die Aufgabe gestellt, sämtliche denkbaren Energiequellen – nebst der Elektrizität also auch Öl, Kohle, Holz, Sonnenwärme usw. – in bezug auf Verfügbarkeit, Verwendbarkeit, Substitutionsmöglichkeit, Reservehaltung und Transport zu untersuchen. Auch die Stellung der Energie in Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft ist abzuklären. Konsumgewohnheiten und Einsparungsmöglichkeiten sind zu prüfen, und schliesslich bleibt die Frage zu beantworten, was das Ganze kostet.

Ist also diese Kommission ein «Super-Bundesrat»? Die Frage wurde gestellt, obwohl sie sich nicht stellt: Die Kommission hat nicht ein fertiges Rezept für den Bundesrat auszuarbeiten, sondern Alternativen aufzuzeigen und Varianten vorzulegen. Sie kann nicht die Entwicklung zu einem weiteren ungezügelten Wachstum oder zum Nullwachstum hin steuern, sondern nur die Konsequenzen verschiedener Wachstumsgrössen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer, finanzieller und ökologischer Hinsicht darstellen. Entscheide zu treffen, steht dagegen allein den zuständigen politischen Instanzen unserer Demokratie zu.

Es ging deshalb auch die mehr als naive Frage ins Leere, ob Michael Kohn «Motor-Columbus verlassen und als Albert Schweitzer nach Lambarene gehen» müsse, wenn seine Kommis-

sion dem Bundesrat empfehle, für die Eidgenossenschaft das «Wachstum Null» zu dekretieren. Nebenbei bemerkt ist ja gerade in diesen Monaten das wirtschaftliche Wachstum in unserem Lande zum Stillstand gekommen, und die da und dort schon deutlich spürbaren Folgen dieser Rezession bedrücken das Volk offenbar etwas mehr als die Fragesteller in dieser Sendung. Sie setzten sich mitunter denn doch zu leichtfertig über die Tatsache hinweg, dass eine ausreichende Versorgung mit Energie eine Existenzfrage für jede moderne Industriegesellschaft ist. Wer heute die Atomenergie ablehnt und keine brauchbare Alternative zu bieten hat, trägt nichts zur Lösung dieses Kardinalproblems bei. Noch immer ist die schweizerische Energieversorgung zu 80 Prozent auf das Öl angewiesen, und was diese einseitige Abhängigkeit in unserer Gegenwart bedeutet, bedarf hier wohl keines weiteren Kommentars. Bis zur Jahrtausendwende, so sagte Ing. Kohn, werden wir den Anteil des Öls bestenfalls auf 70 oder 65 Prozent reduzieren können. Es werden noch Jahre vergehen, bis die Gesamtenergiekonzeption für den Gesetzgeber spruchreif ist, und inzwischen müssen wir jeder Verschwendung der teuren und knappen Energie Einhalt gebieten, jede Sparmöglichkeit ausnützen. Aber ein Abbau des Ölanteils setzt auch voraus, dass wir die verfügbaren anderen Energiequellen nutzen, wenn wir nicht die Wohlfahrt und die Arbeitsplätze unseres Volkes aufs Spiel setzen wollen.

Horatio

«Badener Tagblatt» Baden, 12. März 1975

Statistische Mitteilungen – Communications statistiques

VSE UCS

Landesindex der Konsumentenpreise – L'indice suisse des prix à la consommation

	Januar Janvier	Februar Février	März Mars	April Avril	Mai	Juni Juin	Juli Juillet	August Août	Sept.	Okt. Oct.	Nov.	Dez. Déc.
Totalindex/Indice total 1974	149,5	148,4	149,1	148,2	150,8	151,6	152,1	153,6	156,1	157,1	159,3	159,5
1975	160,4	160,9										

Grosshandelspreisindex – L'indice suisse des prix de gros

	Januar Janvier	Februar Février	März Mars	April Avril	Mai	Juni Juin	Juli Juillet	August Août	Sept.	Okt. Oct.	Nov.	Dez. Déc.
Totalindex/Indice total 1974	143,0	144,3	151,0	152,0	152,6	152,8	153,5	153,5	155,3	155,7	155,8	153,8
1975	152,7	152,2										

Mittlere Marktpreise – Prix moyens

Flüssige Brenn- und Treibstoffe – Combustibles et carburants liquides

			Februar 1975 Février 1975	Vormonat Mois précédent	Vorjahr Année précédente
Bleibenzin [1])	Benzine pure/Benzine éthylée [1])	Fr./100 l	82.35	82.35	69.35
Dieselöl für strassenmotorische Zwecke [2])	Carburant Diesel pour véhicules à moteur [2])	Fr./100 kg	92.30	93.70	95.—
Heizöl Extraleicht [2])	Huile combustible légère [2])	Fr./100 kg	26.90	28.30	40.30
Heizöl Mittel [2])	Huile combustible moyenne (III) [2])	Fr./100 kg	—	—	33.80
Heizöl Schwer [2])	Huile combustible lourde (V) [2])	Fr./100 kg	25.60	26.70	27.40

[1]) Konsumenten-Zisternenpreise, franko Schweizer Grenze Basel, verzollt inkl. Wust, bei Bezug in einzelnen Bahnkesselwagen.
[2]) Konsumenten-Zisternenpreise (Industrie), franko Basel-Rheinhafen, verzollt exkl. Wust.

[1]) Prix citerne pour consommateurs, franco frontière suisse Bâle, dédouané, ICHA compris, par commande d'au moins 1 wagon-citerne d'environ 15 t.
[2]) Prix pour consommateurs franco Bâle-port, dédouané. ICHA non compris.

Metalle – Méteaux

			Februar 1975 Février 1975	Vormonat Mois précédent	Vorjahr Année précédente
Kupfer/Wirebars [1])	Cuivre (fils, barres) [1])	Fr./100 kg	330.—	307.—	764.—
Thaisarco-Zinn [2])	Etain (Thaisarco) [2])	Fr./100 kg	1940.—	2120.—	2575.—
Blei [1])	Plomb [1])	Fr./100 kg	153.—	155.—	218.—
Rohzink [1])	Zinc [1])	Fr./100 kg	212.—	220.—	490.—
Roh-Reinaluminium für elektrische Leiter in Masseln 99,5 % [3])	Aluminium en lingot pour conducteurs électriques 99,5 % [3])	Fr./100 kg	280.—	280.—	260.—

[1]) Preis per 100 kg franko Basel, verzollt, bei Mindestmengen von 50 t.
[2]) Preis per 100 kg franko Basel, verzollt, bei Mindestmengen von 5 t.
[3]) Preis per 100 kg franko Empfangsstation bei 10 t und mehr.

[1]) Prix par 100 kg franco Bâle, marchandise dédouanée, chargée sur wagon, par quantité d'au moins 50 t.
[2]) Prix par 100 kg franco Bâle, marchandise dédouanée, chargée sur wagon, par quantité d'au moins 5 t.
[3]) Prix par 100 kg franco gare destinataire, par quantité de 10 t et plus.